

Schenk, Karl-Ernst

**Article — Digitized Version**

## Verbesserte wirtschaftliche Planung in der DDR

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Schenk, Karl-Ernst (1966) : Verbesserte wirtschaftliche Planung in der DDR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 46, Iss. 9, pp. 498-503

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133632>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

ist zinslos, und dem Schuldner wird lediglich eine Kommission von  $\frac{1}{2}$  bis 1 % pro Jahr berechnet. Hinzu kommt eine Bearbeitungsgebühr von 0,75 bis 1 %. Auch eine holländische 10-Mill.-\$-Anleihe ist weitgehend an Lieferungen und Leistungen aus Holland gebunden: 80 % der Gelder müssen für Lieferungen und Leistungen holländischer Firmen ausgegeben werden. Ein gleiches gilt im Prinzip für die im April dieses Jahres gegebene 11,6-Mill.-\$-Anleihe Großbritanniens. Sie hat eine Laufzeit von 15 bis 25 Jahren. Ihre Zinssätze sind variabel. Auf der zweiten Plenarversammlung der Bank am 26. April dieses Jahres in Mexiko gab Präsident Herrera bekannt, daß er die Zusage der schwedischen Regierung zur Errichtung eines 5 Mill. \$ umfassenden schwedischen Entwicklungsfonds für Lateinamerika erhalten habe. Eine Bindung an schwedische Lieferungen ist dabei nicht vereinbart worden. Im August dieses Jahres hat auch ein Schweizer Bankenkonsortium eine 50-Mill.-\$-Anleihe für die Interamerikanische Entwicklungsbank aufgelegt. Die Verzinsung erfolgt zu  $5\frac{3}{4}$  %. Die Rückzahlung beginnt nach 5 Freijahren und soll dann innerhalb von zehn Jahren in gleichbleibenden Raten erfolgen.

Auf der Tagung in Mexiko hat Präsident Herrera auch seinen schon oft gemachten Vorschlag der Errichtung eines europäischen Investitionsfonds für Lateinamerika wiederholt. Dieser Vorschlag, dem offensichtlich der EWG-Entwicklungsfonds für die assoziierten afrikanischen Staaten Pate gestanden hat, findet in Europa in zunehmendem Maße Anklang.

Als Beispiel für eine erfolgreiche Parallel-Finanzierung ist ein Kredit zur Erweiterung der bolivianischen Minenwirtschaft zu erwähnen. Die Regierungen der USA und der Bundesrepublik, letztere vertreten durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau, haben zusammen mit der Interamerikanischen Entwicklungsbank für diesen Zweck insgesamt 10,1 Mill. \$ zur Verfügung gestellt. Der deutsche Anteil in Höhe von 26,5 Mill. DM hat eine Laufzeit von 10 Jahren zu 4 % Zinsen.

#### FEUERPROBE BESTANDEN

Die Interamerikanische Entwicklungsbank arbeitet mit zahlreichen internationalen Organisationen aufs engste zusammen. Sie hält engen Kontakt zur OECD, zur EWG und zur landwirtschaftlichen Tochter-Organisation der UN, der FAO in Rom. Hinzu kommt eine enge Kooperation mit dem Währungsfonds der Weltbank und ihren beiden Tochter-Organisationen, der IDA und dem IFC.

Die Interamerikanische Entwicklungsbank hat ihre Feuerprobe bestanden. Sie wird ihre Stellung im lateinamerikanischen Entwicklungs- und Integrationsprozeß weiter ausbauen, und es wäre zu begrüßen, wenn sich gerade die europäischen Länder bei ihrer finanziellen Entwicklungshilfe für Lateinamerika in zunehmendem Maße durch die Einschaltung der Interamerikanischen Entwicklungsbank die dort gesammelte Erfahrung und den Überblick über die gesamten Projekte im Interesse der Sache zunutze machen würden.

## Verbesserte wirtschaftliche Planung in der DDR

Dr. Karl-Ernst Schenk, Münster

**W**irtschaftssysteme haben zu zweierlei wirtschaftlichen Fragestellungen Anlaß gegeben:

- (1) Man versuchte, diejenigen Institutionen zu finden, die geeignet erscheinen, bestimmte Bedingungen für eine maximale Wohlfahrt zu erfüllen sowie die Wohlfahrtswirkungen des Austausches solcher Institutionen festzustellen.
- (2) Man versuchte, Gesetzmäßigkeiten über den Zusammenhang von politischer Ordnung und Wirtschaftssystem aufzufinden.

Mit der ersten Fragestellung befaßt sich besonders die Wohlfahrtsökonomik. Die zweite stand im Mittelpunkt von Kontroversen zwischen sozialistischen und liberalen Wissenschaftlern, wobei ursprünglich von beiden Seiten nur ein System als mit der jeweiligen politischen Ordnung vereinbar angesehen wurde. Der folgende Beitrag soll am Beispiel der DDR zeigen, daß es heute möglich ist, erhebliche Veränderungen der wirtschaftlichen Institutionen und Instrumente vorzunehmen, ohne daß dafür wichtige politische Ordnungs-

ziele aufgegeben oder geändert werden müssen und ohne daß dabei das Wirtschaftssystem seine Identität verliert. Anlaß zu den folgenden Ausführungen bot eine Zeitungsnachricht unter der Überschrift: „Krise des Wirtschaftssystems dauert an“, nach der der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung auf eine „anhaltende Systemkrise“ und eine „Phase des fortgesetzten Experimentierens“ der DDR-Wirtschaft hingewiesen hatte.<sup>1)</sup>

#### POLITIK UND WIRTSCHAFT

Der Gebrauch der Begriffe „Krise des Wirtschaftssystems“ und „Systemkrise“ muß zunächst für jeden ordnungs- und sicherheitsliebenden Staatsbürger eine alarmierende Wirkung haben. Der Zeitungsleser, jedenfalls so weit er liberalen oder sozialistischen Anschauungen nahesteht, pflegt ja das Wirtschaftssystem mit einer bestimmten politischen Ordnung in Verbin-

1) Vgl. „Die Welt“ vom 5. 7. 1966.

derung zu bringen, in diesem Falle mit der kommunistischen politischen Ordnung. Er wird Systemkrise mit politischem Umsturz oder doch wenigstens mit politischen Richtungsänderungen assoziieren, wie sie etwa in der Sowjetunion nach dem Fehlschlag des Wirtschaftssystems des sogenannten Kriegskommunismus (Übergang zur neuen ökonomischen Politik im Jahre 1921) oder in Deutschland während der Periode der großen Depression im Jahre 1933 eintraten. In diesem Sinne interpretiert, wie es wahrscheinlich die Mehrzahl der Zeitungsleser tun würde, sind offenbar die als Wirtschaftssystem zusammengefaßten wirtschaftlichen Institutionen von der Existenz einer ganz bestimmten politischen Ordnung abhängig und mit ihr auf Gedeih und Verderb verbunden. Umgekehrt könnte man sinngemäß von einer Krise des Wirtschaftssystems sprechen, wenn es wegen des Versagens wirtschaftlicher Institutionen zu einer grundlegenden Änderung der politischen Ziele kommt. Dies kann geschehen, ohne daß dabei eine neue Partei oder Parteigruppe an die Macht gelangt, wie z. B. in den Jahren 1921 und 1928 in der UdSSR. Eine Krise ist also dadurch gekennzeichnet, daß eine echte Gefahr für das politische Regime oder mindestens für seine Zielsetzungen besteht. Die Krise ist es schließlich, die Anlaß zu einer entweder freiwilligen oder gewaltsamen politischen Richtungsänderung und damit zum Entstehen eines neuen Wirtschaftssystems gibt.

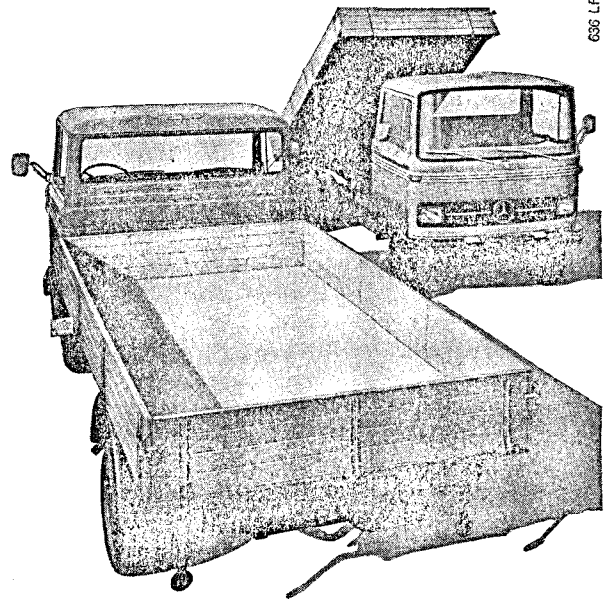
Nach unseren Erfahrungen gehört nun mehr als eine vorübergehende wirtschaftliche Stagnation dazu, um solche Wirkungen auszulösen.

#### WIRTSCHAFTSREFORM UND POLITISCHES SYSTEM

Betrachten wir einige Wirtschaften des sowjetischen Typs. Sowohl in der Tschechoslowakei als auch in der DDR hat es eine solche vorübergehende Stagnation gegeben, in anderen Ländern höchstens eine vorübergehende Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums. In der DDR, auf die es hier ankommt, fiel die Zuwachsrate des Nationaleinkommens im Jahre 1961 auf 3,4%, 1962 auf 3,3% und blieb 1963 auf diesem Niveau. Sie stieg aber im folgenden Jahr wieder auf 5%.<sup>2)</sup> Da in der DDR Anzeichen für schwerwiegende wirtschaftliche Krisen fehlen, kann sich der Begriff Krise also nicht auf das Wirtschaftssystem im bisher verstandenen Sinne beziehen. Die im Jahre 1963 angekündigten Systemveränderungen („Grundsätze des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“) wurden von einer politischen Gruppe erlassen, die schon seit langem an der Macht ist, die außerdem zu erkennen gegeben hat, daß ihre politischen Ziele unverändert sind. Auch äußerlich sind keine Merkmale für eine politische Richtungsänderung zu erkennen. Natürlich bleibt die Bekanntgabe der Reform kurz nach dem Rückgang der Zuwachsrate in den Jahren 1961 und 1962 sowie nach einigen Jahren stark schwankender Investitionstätigkeit<sup>3)</sup> auffällig.

<sup>2)</sup> Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch der DDR, 10. Jg. 1965, S. 42.

<sup>3)</sup> Siehe dazu Schaubild auf S. 28 (unten) des zitierten statistischen Jahrbuches.



## Machen Sie Ihrem Fahrer eine Freude mit dem LP 608

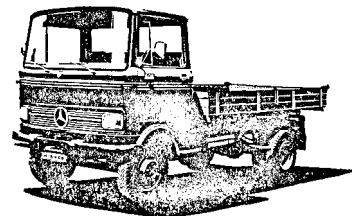
Aber werden Sie nicht ungehalten, wenn er ihn dann manchmal mit nach Hause nehmen möchte. Er fährt sich so angenehm, der neue Großtransporter LP 608 von Mercedes-Benz. Dafür sorgen das neue LP-Fahrerhaus, die leichtgängige Daimler-Benz Kugelumlauflenkung und der in dieser Klasse einmalige Wendekreis von nur 11,4 m.

Der Motor ist „untersitz“. Nichts behindert im Fahrerhaus. Gut abgestuftes 5-Gang-Synchrongetriebe mit handlicher Knüppelschaltung. Optimale Sicht nach allen Seiten. Heizung für + 21° Innentemperatur, selbst bei - 20° Außentemperatur. Großer Handschuhkasten und Ablage zwischen den Sitzen.

Ihnen bietet der LP 608: 3,2 t Nutzlast bei 5,95 t Gesamtgewicht. (Auf Wunsch mit 6,5 t Gesamtgewicht, Nutzlast ca. 3,7 t.) Pritschenlängen bis 5,5 m. Der 80-PS-Dieseldirekteinspritzmotor ist wirtschaftlich im Verbrauch und für lange Lebensdauer gebaut.

Neu ist jetzt der Kipper LPK 608. Bei 5,95 t Gesamtgewicht trägt dieser Dreiseitenkipper 2,8 t Nutzlast. Ein Komfort-LKW der Mercedes-Benz Klasse. Technisch ausgereift, solide und für lange Lebensdauer gebaut.

Überzeugen Sie sich selbst von diesen Vorzügen. Bitte rufen Sie die nächste Niederlassung oder Vertretung an. Wir informieren Sie gern.



**MERCEDES-BENZ**  
Ihr guter Stern auf allen Straßen



Wenn trotzdem von einer Krise des „Wirtschaftssystems“ oder des „Systems“ die Rede ist, ohne daß dabei mit einer politischen Richtungsänderung gerechnet wird, dann kommt dies einem mehr oder weniger eingeschränkten Gebrauch des Begriffes Wirtschaftssystem gleich, einem Gebrauch, der sich vor allem im wissenschaftlichen Bereich verbreitet hat. Der Grund für die Übernahme eines engeren Begriffes vom Wirtschaftssystem ist unschwer zu erkennen. Entgegen der vor Jahrzehnten noch allgemein akzeptierten und von Politikern auch heute noch gepflegten Anschauung haben sich Teile von Wirtschaftssystemen als auswechselbar erwiesen, ohne daß damit eine Änderung der politischen Grundrichtung verbunden war. Die Existenz freiheitlich-demokratischer Länder mit Elementen einer staatlichen Wirtschaftslenkung und -planung sowie einiger von Staatsparteien geführten Länder mit Elementen des privaten Produktionsmitteligentums und des freien Güteraustausches sind der Anlaß für diese wissenschaftliche Neuorientierung gewesen. Als „System“ in diesem engeren Sinne faßt man die Institutionen und Instrumente der staatlichen Wirtschaftspolitik oder Planung zusammen, die ausgetauscht werden können, ohne daß dabei grundlegende politische Ziele aufgegeben werden müssen. Leider geben die Wissenschaftler häufig und auch im vorliegenden Fall nicht an, in welchem Sinne sie den Begriff Wirtschaftssystem gebrauchen.

#### KRISE DES PLANUNGSSYSTEMS

Eine klare Trennung der beiden Begriffe ist nur möglich, wenn versucht wird, die grundlegenden Institutionen zu bezeichnen, die geeignet sind, das Wirtschaftssystem mit einer bestimmten politischen Ordnung zu identifizieren. Die übrigen Institutionen, die als auswechselbar angesehen werden, bilden dann ein System, das in Bezug auf die grundlegende und nur auf die grundlegende politische Zielrichtung als „neutral“ bezeichnet werden kann. Natürlich gibt es hier auch unter Wissenschaftlern Auffassungsunterschiede. Ganz generell ist im Laufe der letzten Jahrzehnte eine Einschränkung der Zahl der als „grundlegend“ angesehenen Institutionen festzustellen.

Karl C. Thalheim, der als angesehener Fachmann dem erwähnten Forschungsbeirat angehört, sieht in der zentralen Planung und im „sozialistischen“ Eigentum die zwei politisch bedingten Kerninstitutionen des Wirtschaftssystems sowjetischen Typs. Solange sie keine Veränderung erfahren, könne man auch nicht von einer Wandlung des Wirtschaftssystems sprechen.<sup>4)</sup> Ein Auswechseln von einzelnen Instrumenten oder Instrumentengruppen der zentralen Planung — häufig als Änderung des Planungs- und Leitungssystems bezeichnet — würde Thalheim nicht als eine Wandlung des Wirtschaftssystems ansehen, vorausgesetzt, daß die Planung nicht als eine Wandlung des Wirtschaftssystems angesehen wird, und die Planung weiterhin zentral erfolgt. Diese hier erörterte Unterscheidung

4) Karl C. Thalheim: Grundzüge des sowjetischen Wirtschaftssystems, Köln 1962, S. 46.

von Wirtschaftssystem und Planungssystem ist unseres Erachtens auch der Schlüssel zum Verständnis des Sachverhaltes, der mit „Systemkrise“ gemeint sein kann. Es handelt sich nach Meinung des Forschungsbeirates offenbar um eine Krise des Planungssystems und nicht des Wirtschaftssystems.

#### REFORM DES PLANUNGSSYSTEMS

Tatsächlich legt die offizielle Bezeichnung „neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ einen engeren Gebrauch des Begriffes nahe. Sehen wir uns die Veränderungen daraufhin an:

Wichtigstes Merkmal der sich über einen längeren Zeitraum erstreckenden Reform<sup>5)</sup> ist die größere Selbständigkeit und Dispositionsfreiheit der Vereinigungen volkseigener Betriebe (VVB) und der in ihnen konzernartig zusammengefaßten Unternehmen (Betriebe). Die VVB bestanden zwar schon längere Zeit, wurden aber erst nach der Reform von administrativer Tätigkeit auf das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung umgestellt. Sie bilden damit selbstbildende und in eigener Verantwortung nach staatlichen Plänen tätige Einheiten.<sup>6)</sup>

Voraussetzung dafür, daß weiterhin ein zentraler Einfluß auf die Erfüllung bestimmter Produktionsziele und auf die Verteilung knapper Güter ausgeübt werden kann, ist die Prämierung der Leistung der Betriebe und der VVB nach dem Gewinn.<sup>7)</sup> Denn nur, wenn die als neue Lenkungsmittel eingesetzten Kreditzinsen und Konventionalstrafen aus Mitteln des Betriebes gezahlt werden müssen, und wenn Kosteneinsparungen und Produktivitätserhöhungen teilweise dem Gewinn des Betriebes zugute kommen, können die Betriebsleitungen durch diese Instrumente an einer in jeder Richtung wirtschaftlichen Handlungsweise interessiert werden.<sup>8)</sup>

#### INVESTITIONSENTSCHEIDUNGEN IN EIGENER VERANTWORTUNG

Eine Neuerung mit wahrscheinlich sehr weitreichender Wirkung ist die Durchführung von Investitionen in eigener Verantwortung der Betriebe. An die Stelle direkter Anweisungen für den einzelnen Betrieb tritt hier die Limitierung der für eine VVB verfügbaren Mittel, die diese dann nach eigenem Ermessen auf die Betriebe verteilen kann. Dies trifft jedenfalls für die von den Betrieben zurückfließenden Amortisationen für Maschinen und Einrichtungen zu. Hier setzt der Staat je nach seiner Zielsetzung Prozentsätze fest, die von der betreffenden VVB zurückgehalten und wieder investiert werden dürfen.<sup>9)</sup> Der Rest wird an die Staatskasse abgeführt und kann unter

5) Die folgenden Einzelheiten können im Dokumententeil des Buches von Karl C. Thalheim: Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, Berlin 1964, S. 133 ff. in zusammengefaßter Form nachgelesen werden.

6) Ebenda, S. 161.

7) Ebenda, S. 161.

8) Ebenda, S. 162.

9) Vgl. Erich Apel und Günter Mittag: Neues ökonomisches System und Investitionspolitik, Berlin 1965, S. 64.

anderem zum Bau neuer Industriewerke unter direkter staatlicher Regie dienen. Ein Teil der Gewinne darf ebenfalls von den Betrieben einbehalten werden. Er ist langfristig festgelegt und kann für bestimmte betriebliche Zwecke (Prämien, Investitionen, Wohnungsbau usw.) verwendet werden, wobei er eine Anreizfunktion erfüllen soll. Die für Investitionen bestimmten (zugewiesenen und eigenen) Mittel des Betriebes können durch Bankkredite aufgestockt werden.<sup>10)</sup> Auch hier soll eine möglichst sparsame und nutzbringende Anforderung und Verwendung erreicht werden, indem nämlich Zinsen und Rückzahlungen à conto der soeben erwähnten Betriebsfonds gehen.<sup>11)</sup> Die Finanzierung von Investitionen direkt aus dem Staatshaushalt — früher allgemein üblich — wird somit zu einer Ausnahmeerscheinung und damit — so hofft man — auch die häufig unbegründete und leichtfertige Anforderung und Verwendung von Investitionsgeldern, die die wichtigsten Gründe für das verlangsamt wirtschaftliche Wachstum waren.

#### WENIGER LENKUNG

Wichtigste Instrumente der staatlichen Lenkung waren bisher die administrativen Weisungen über den Umfang, die Sortimentierung und die Qualität der Pro-

<sup>10)</sup> Ebenda, S. 64.

<sup>11)</sup> Ebenda, S. 64.

duktion sowie über die dazu erforderlichen Arbeitskräfte, Materialien und Investitionen. Besonders die drei zuletzt genannten Weisungen werden im neuen System aufgehoben oder aber flexibel gestaltet. Die Betriebe werden zwar an ihrer Einhaltung wirtschaftlich interessiert, aber nicht starr an sie gebunden. Dies geschieht durch Verzinsung von Krediten, die die Betriebe über ihre zugewiesenen Amortisationsquoten und ihre eigenen Mittel hinaus für Investitionen in Anspruch nehmen<sup>12)</sup> und ähnliche Regelungen. An die Stelle direkter Weisungen über bestimmte Produktionsmengen treten abgesehen von einigen sehr wichtigen Bereichen Lieferungsverträge, die direkt mit den Abnehmern geschlossen werden und eine flexible Anpassung der Erzeugung an den Bedarf erlauben sollen. Hier sorgen Vertragsstrafen und Verzugszinsen bei Überschreitung des Zahlungszieles, die gegebenenfalls aus dem Gewinn des Betriebes gezahlt werden müssen, für die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen.

Wie man sieht, wird allmählich ein System sich gegenseitig ergänzender, neuer Instrumente, an die Stelle des administrativen Planungssystems treten, ohne daß dabei von der zentralen Planung im Dienste politischer Ziele allzuviel aufgegeben zu werden braucht. Denn letztlich wird sowohl über die Verteilung der Investi-

<sup>12)</sup> Vgl. Th alheim : a. a. O., (Dokumentation), S. 176.

## VERÖFFENTLICHUNGEN DES HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIVS

### NEUERSCHEINUNG

**Günter Wiedensohler**

## **DER SCHUTZ DEUTSCHER PRIVATINVESTITIONEN IN TUNESIEN**

Der Entschluß, in Entwicklungsländern Kapital zu investieren, hängt nicht allein von den wirtschaftlichen, sondern auch von den rechtlichen und politischen Verhältnissen des betreffenden Landes ab. In der vorliegenden Abhandlung untersucht der Verfasser in Hinblick auf die aktuelle politische Lage den Rechtsschutz, den deutsches Privatkapital in Tunesien gegen hoheitliche Eingriffe wie Enteignung und Transferbeschränkung genießt, und berücksichtigt bereits das kürzlich ratifizierte deutsch-tunesische Investitionsförderungsabkommen.

56 Seiten und 17 Seiten Anhang, Preis brosch. DM 9,80

VERLAG WELTARCHIV GMBH · 2 HAMBURG 20 · EPPENDORFER LANDSTRASSE 106

tionsquoten als auch über die Entstehung von betrieblichen Gewinnen (durch die Festsetzung der Preise) und über die Verteilung der Kredite — also über alle Bestandteile der betrieblichen Investitionssumme — zentral entschieden und damit auch über die grundlegenden Proportionen der Volkswirtschaft. Nur die in begrenzten Bereichen vorgesehene Einführung von Märkten anstelle zentraler Güterzuteilung scheint einen mehr grundlegenden institutionellen Wandel anzudeuten, also einen Wandel des Wirtschaftssystems. Jedenfalls sind die meisten westlichen Beobachter geneigt, im Markt eine für bestimmte Systeme typische Institution zu sehen.

#### FREIE UND GESTEUERTE MÄRKTE

Man kann jedoch einzelne Märkte für weniger wichtige Produktionsmittel nicht als freie Märkte bezeichnen, solange sich die Preise nicht frei einspielen können. Preise werden sich in der DDR künftig wahrscheinlich nur in wenigen Fällen frei bilden und in festgesetzten Grenzen variieren können. Daher empfiehlt es sich, zwischen freien und gesteuerten Märkten zu unterscheiden. Nur die ersteren sind als grundlegende Institutionen des Systems der Marktwirtschaft anzusehen. Im zweiten Falle handelt es sich in Wirklichkeit um bewußt gestaltete Entscheidungsverfahren zur Verteilung bestimmter Güter, die zur Durchsetzung bestimmter zentraler Zielsetzungen benutzt werden können. Auch im westlichen Wirtschaftssystem werden in einigen Bereichen solche parametrischen Entscheidungsverfahren gebraucht, um zentrale politische Zielsetzungen zu verfolgen — wie etwa auf dem Diskontmarkt oder auf Märkten für viele Agrarerzeugnisse. In der DDR sollen künftig die VVB die Preisbildung für ihre Betriebe übernehmen, allerdings nach genauen zentralen Vorschriften und unter Kontrolle eines besonderen Staatsorgans.<sup>13)</sup>

Wir halten diese Kennzeichnung von Märkten deshalb für sinnvoll, weil sie helfen kann, die Planungsreform in der DDR von Wandlungen zu unterscheiden, die grundlegende (mit politischen Zielsetzungen verbundene) Institutionen aufgeben oder umgestalten. Dies wäre nur der Fall, wenn für die Mehrzahl der Güter freie Märkte eingeführt würden, die ja eine unmittelbare staatliche Einflußnahme ausschließen und nicht mehr als Instrument zur Durchsetzung zentraler übergeordneter Ziele bezeichnet werden können. Eine für beschränkte Bereiche freie Preisbildung ist bisher nur in der Tschechoslowakei vorgesehen.<sup>14)</sup>

Das Fehlen einer Richtungsänderung in der politischen Zielsetzung und der Einbau von zentral gesteuerten Märkten spricht also dafür, daß nur ein Teilsystem (ein Bündel von Instrumenten) ausgetauscht wird und daß es sich nicht um eine Krise des Wirtschaftssystems handelt. Der Einbau von gesteuerten Märkten, die allerdings von freien unterschieden werden müssen,

<sup>13)</sup> Thalheim: a. a. O., S. 175 (Dokumentation).

<sup>14)</sup> Vgl. dazu das Interview mit dem tschechoslowakischen Planungsreformer Ota Sik, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 46. Jg. (1966), Heft 3.

läßt eine früher sicherlich für unmöglich gehaltene Elastizität des Wirtschaftssystems bei der Verwendung neuer Instrumente erkennen, die vom Standpunkt demokratischer Ordnungsvorstellungen eher positiv als negativ zu beurteilen ist, da sie die in der Wirtschaft Tätigen am Verteilungsverfahren beteiligt.

#### RATIONALISIERUNG DES WIRTSCHAFTSSYSTEMS

Man bezeichnet die Dezentralisierung von bestimmten Entscheidungen heute im Westen als einen Akt der Rationalisierung des Wirtschaftssystems. Wie richtig diese Beurteilung ist, ließe sich an mehreren Beispielen zeigen. Die zentrale Planung kann in einer komplizierten Wirtschaft beim gegenwärtigen Stande der Leitungs- und Informationstechnik paradoxerweise nur funktionieren, wenn auf den unteren Ebenen ein sehr großes Maß von Dispositionsfreiheit vorhanden ist. Daraus folgt noch nicht notwendig, daß die Rationalisierung künftig allein in dieser Richtung voranschreiten wird. Es sind Verbesserungen der zentralen Leitungs- und Informationstechnik durch Fortschritte in der Planungstheorie und Rechentechnik denkbar und absehbar, die möglicherweise eine weitere Dezentralisation von Entscheidungen überflüssig machen, die aber trotzdem zu einem erheblich besseren Funktionieren der zentralen Planung führen werden.

Nur gegenwärtig geht der Fortschritt eindeutig in der Richtung auf größere Dispositionsfreiheit der unteren Ebenen, weil darin augenblicklich ein ausgesprochener Engpaß besteht. Mit einiger Sicherheit wird man davon ausgehen können, daß bestimmte an die Betriebe delegierte Entscheidungsrechte in ihrem Gesamtumfang nicht wieder reduziert werden können. Bei der Delegation von Entscheidungsrechten handelt es sich also wohl um einen nicht umkehrbaren Prozeß, der häufig zu Vermutungen über eine unvermeidliche Annäherung der beiden Wirtschaftssysteme Anlaß gibt.<sup>15)</sup>

In Anbetracht der Elastizität des Wirtschaftssystems und der dadurch gegebenen Rationalisierungsmöglichkeiten, erscheint es fraglich, ob gewisse, von westlichen Beobachtern festgestellte Funktionsstörungen dem System „immanent“, also unüberwindbar sind. Jedenfalls erscheint es geboten, solchen Urteilen gegenüber vorsichtig zu sein. Was der schon älteren Marktwirtschaft gelang, die ihr nachgesagten „systemimmanenten“ Konjunkturzyklen in Grenzen zu halten, kann der noch jungen Planwirtschaft künftig im Hinblick auf ihre Störungen ebenso gelingen.

Abschließend sollen einige Regelmäßigkeiten aufgezeigt werden, die bei der „Rationalisierung der Wirtschaftssysteme“ zu beobachten sind.

<sup>15)</sup> Hierbei wird meist die Annäherung des Planungssystems und des wirtschaftspolitischen Systems betont. Die Annäherungsthese in diesem Sinne wurde auf der Oberhausener Tagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde von dem niederländischen Planungstheoretiker Jan Tinbergen vertreten. Sein Beitrag erscheint in Kürze in der Sammlung „Wirtschaftsplanung im Ostblock. Beginn einer Liberalisierung?“. Hrsg. Erik Boettcher, im Verlag Kohlhammer, Stuttgart. Eine abweichende Auffassung, in der besonders auf unveränderte grundlegende Institutionen des Systems hingewiesen wird, kommt in dieser Sammlung in dem Beitrag von Karl. C. Thalheim zum Abdruck.

In jedem Wirtschaftssystem werden ständig einzelne Instrumente des Planungssystems oder (in der Marktwirtschaft) der Wirtschaftspolitik verändert oder durch bessere ersetzt — ein Vorgang, der sich vor unseren Augen dauernd vollzieht, ohne daß wir uns dessen immer bewußt werden. Natürlich wird bei diesem Vorgang versucht, die optimale Verwirklichung der übergeordneten Ziele möglichst ohne Risiko zu verbessern. Ganz ohne Risiko wird dies nicht möglich sein, weil die Wirkungen und Nebenwirkungen eines neuen Teilinstruments im Gesamtsystem nicht exakt vorausbestimmt werden können.

Es gibt aber zwei Verfahren, das Risiko möglichst gering zu halten. Das eine ist das Verändern in kleinen Schritten. In den politischen Ordnungen des Westens ist dies das einzige überhaupt anwendbare Verfahren. Von revolutionären Marxisten und Sozialisten wird es abgelehnt, weil es nach ihrer Meinung nicht geeignet ist, die Stellung bestimmter Klassen im Wirtschaftssystem zu verändern. Sie befürworten deshalb Totalveränderungen. Das andere Verfahren ist das Experimentieren mit einem neuen Instrument oder einer Gruppe von Instrumenten zur Untersuchung seiner

Wirkungen (unter künstlich veränderten Bedingungen). Es wird in den politischen Ordnungen der kommunistischen Länder angewandt und kann dort angewandt werden, weil die Zentralinstanzen über genügend Machtfülle verfügen, um die Bedingungen des Experiments zu setzen und zu verändern. In westlichen politischen Ordnungen verbietet sich ein solches Verfahren von selbst, mit Ausnahme von Teilbereichen, in denen es möglich und legitim ist, die Voraussetzungen für das Experiment zu schaffen, wie etwa in Konzernen.

Festgehalten zu werden verdient, daß beide Verfahren in beiden politischen Ordnungen demselben Zweck dienen, nämlich der Verminderung des politischen Risikos von Rationalisierungen des Wirtschaftssystems. Schließlich ist offensichtlich, daß die Anwendung dieser Verfahren in beiden Ordnungen ein Zeichen für den instrumentellen Gebrauch des Planungssystems bzw. des wirtschaftspolitischen Systems ist. Durch sie wird wiederum deutlich, wie wenig heute noch auf beiden Seiten der dogmatische Standpunkt gilt, der nur ein einziges sehr begrenztes und kaum veränderliches System von Institutionen und Instrumenten mit den übergeordneten politischen Zielen für vereinbar hält.

## VERÖFFENTLICHUNGEN DES HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIVS

Wolfgang Michalski

### INFRASTRUKTURPOLITIK IM ENGPASS

Alternativen der Planung öffentlicher Investitionen auf der Grundlage einer Berechnung der verfügbaren Finanzmasse von Bund, Ländern und Gemeinden bis zum Jahre 1970

Der Finanzierungsspielraum zur Verbesserung der Infrastruktur wird von 1966 bis 1970 aller Voraussicht nach kaum mehr als 160 Mrd. DM betragen. In Anbetracht der astronomischen Größenordnungen der bestehenden Ausbaupläne, deren Ansprüche die verfügbare Finanzmasse um ein Mehrfaches überschreiten, kommt es darauf an, für die Infrastrukturpolitik ein neues reduziertes Programm zu entwickeln. Der Verfasser schlägt vor, eindeutige Prioritäten zu setzen, die Einzelmaßnahmen auf der Grundlage einer längerfristigen Vorausschau zu programmieren sowie die Planungen über alle staatlichen Ebenen hinweg zu koordinieren.

129 Seiten, 1966, Preis brosch. DM 14,50

VERLAG WELTARCHIV GMBH · 2 HAMBURG 20 · EPPENDORFER LANDSTRASSE 106